

Auszug aus dem Buch von Nikolaus Nolden
„Beiträge zu Geschichte von Kreuzau“
von 1794 – 1988

Thema: Schulwesen im Rheinland ab 1800 im Allgemeinen
und die Schulsituation zu Stockheim im Speziellen

Das Schulwesen im Rheinland stand vor der französischen Besetzung im Oktober 1794 unter der Aufsicht der Kirchen. Für unser Gemeindegebiet war es die katholische Kirche, die die Schulräume bereitzuhalten, die Lehrer nach Ablegung einer Probestunde anzustellen, ihr Einkommen und ihre Pflichten festzulegen, geeignete Schulbücher auszuwählen und die Eltern anzuhalten hatte, ihre Kinder regelmäßig zur Schule zu schicken. Es genügten Kenntnisse in der christlichen Lehre, im Lesen und Schreiben, um als Lehrer angestellt zu werden. Das Lehramt wurde häufig durch die Küster wahrgenommen, die daneben oft auch noch handwerklich tätig waren. Vereinzelt waren auch Vikare zum Unterricht verpflichtet. Die Landdechanten hatten ab 1770 den Lehramtskandidaten nach einer Prüfung ein Zeugnis auszustellen, in dem ihnen ihre Fähigkeiten im Katechismus, in Deutsch (Lesen und Schreiben) und auch in den fünf Rechenarten Addition, Subtraktion, Multiplikation, Division und Dreisatzaufgaben bescheinigt werden musste. Die Lehrer zogen das Schulgeld von den Eltern ein, erhielten dazu noch einen Gemeindegzuschuss, Wohnung, Garten und Naturalleistungen. In den hiesigen Landschulen war der Schulbesuch im Allgemeinen, besonders aber in den Sommermonaten, wenn die Kinder im elterlichen Betrieb helfen mussten, sehr schlecht. Bestrebungen, Lehrer auszubilden und die Verhältnisse in den Schulen zu verbessern, wurden 1794 im Herzogtum Jülich-Berg eingeleitet, konnten aber wegen der französischen Besetzung nicht mehr durchgeführt werden. Bereits 1711 hatte die Besitzerin von Burgau, Anna Maria Katharina von Elmpt den Pfarreien Niederau und Stockheim eine Stiftung für die dortigen Schulen gemacht. Dem Küster und Lehrer von Niederau setzte sie jährlich 17 Taler aus, während der Altarpriester von Stockheim jährlich 54 Taler mit der Bestimmung erhielt, von Oktober bis Mai armen Kindern ohne Schulgeld Unterricht zu erteilen. Der Unterricht fand in Stockheim in der 1748 abgebrannten und sofort wieder errichteten Vikarie statt, deren Schulsaal im Jahre 1777 neue große Fenster erhielt. Noch 1786 setzte das General-vikariat in Köln fest, dass die Stiftungen weiter zu zahlen

seien. Mit Beginn der Franzosenzeit wurden die Zahlungen jedoch eingestellt, und eine Wiederaufnahme wurde trotz der Bemühungen des Kirchenvorstandes endgültig 1828 durch den Appellationshof zu Köln abgelehnt. Wie in Kreuzau 1775 löste in Stockheim 1788 der Küster den Vikar im Unterricht ab und erhielt aus der Stiftung 12 Taler. Nach der französischen Besetzung der linksrheinischen Gebiete im Jahre 1794 wurde auch das Schulwesen neu organisiert. Der Gouvernementskommissar Rudler verkündete am 28.4.1798 eine neue Verordnung über das Erziehungswesen. Die Artikel 2 bis 5 befassten sich mit den Anfangs- oder Primärschulen für Knaben und Mädchen. In der ersten Klasse sollten Lesen und Schreiben der französischen und deutschen Sprache, die gebräuchlichen Regeln der Rechenkunst und die ersten Grundsätze der Dezimalrechnung sowie jene einer bürgerlichen und republikanischen Sittenlehre gelehrt werden. Die Verordnung hatte nur provisorischen Charakter. Am 1. November desselben Jahres wurden Unterrichtsjurys (Prüfungskommissionen) eingerichtet, die die Lehrer zu prüfen hatten, ob sie die Lehrstoffe der Primärschulen beherrschten. Die Dürener Kommission, bestehend aus dem Munizipalrat (Verwaltungsmitglied) Engels und Kaufmann Schüll aus Düren, sowie dem ehemaligen Kantonsverwalter Trimborn aus Bürvenich, war u.a. für die damaligen Kantone Düren und Froitzheim, zu denen alle Ortschaften der jetzigen Gemeinde Kreuzau gehörten, zuständig. Zwar hatte damit der Staat die Verantwortung für die Schulen übernommen, infolge der fehlenden staatlichen Zuschüsse und dem Wegfall vieler Stiftungen wurde die Lage der Schulen und ihrer Lehrer aber eher noch verschlechtert. Auch das am 1. Mai 1802 erlassene Gesetz über die Regelung des Schulwesens brachte für die Primärschulen keine wesentliche Verbesserung. Der Staat überließ die Schulen den Zivilgemeinden. Den Lehrern wurde von der Gemeinde die Wohnung gestellt, sie wurden durch das von den Gemeinden festgesetzte Schulgeld der Eltern bezahlt und mussten dadurch sehr oft eine Minderung ihres bisherigen Gehaltes in Kauf nehmen. Dazu kam noch die Tatsache, dass in vielen kleinen Orten im Winter sehr oft unfähige Handwerker und Tagelöhner mit Genehmigung der Bürgermeister Schule hielten und dadurch das Schulgeld den eigentlichen Lehrern verloren ging. Alle weiteren Versuche die Lage der Schulen, die Ausbildung der Lehrer und die Schulaufsicht durch verschiedene Erlasse und Gesetze zu ordnen und zu bessern, mussten an den eben aufgezeigten Mängeln scheitern. Selbst die späteren Bemühungen, die Kirchen und die Pfarrer wieder stärker einzuschalten, halfen nicht viel.

Nach Abzug der französischen Truppen 1814 versuchte die vorläufige Verwaltung des Generalgouvernements Niederrhein zunächst einmal eine Bestandsaufnahme. Der Gouverneur Sack ordnete am 14.6.1814 eine Revision an wegen der Vernachlässigung des Schulwesens, besonders der "Primärschulen, dieser Urquelle aller Volksbildung und moralischen Volkskraft" während der französischen Zeit. Das Ergebnis der Befragung war sehr ungünstig. Nur 30-60 % der Kinder besuchten auf dem Lande die Schule, die vielfach nur als Winterschule existierte. Die Schulzeit dauerte vom 6. bis zum 12. Lebensjahr. Schulgebäude waren in schlechtem Zustand und für die manchmal über 100 hinausgehende Schülerzahl meist zu klein. Das Lehrereinkommen bestand überwiegend aus dem Schulgeld, das die Lehrer oft selbst einsammeln mussten. Das Einkommen aus ihrem Lehrer- und Küsteramt war selbst für damalige Verhältnisse gering, und die von der Gemeinde aufzubringenden Zuschüsse konnten oft nicht gezahlt werden. Dann waren die Lehrer meist froh, wenn sie mit Einkünften aus einem dritten Beruf über die größte Not hinwegkamen. Erst nach der endgültigen Übernahme der Rheinlande durch Preußen trat allmählich eine Besserung ein. Die Kirche wurde wieder um Mitarbeit gebeten; als Ortsschulinspektoren wurden die Pfarrer eingesetzt, und für die Schulaufsicht in den Kreisen ernannte die Regierung befähigte und interessierte Pfarrer im Nebenamt, die auch Lehrerprüfungen abnahmen. Am 21.8.1817 wurde in Düren ein erster Fortbildungslehrgang eingerichtet, an dem 63 Teilnehmer jede Woche einen Ganzttag teilnahmen. Auch in den folgenden Jahren wurden solche Kurse durchgeführt, so dass fast alle Lehrer geschult wurden. Das erste Seminar für männliche Lehrer in unserem Bereich wurde am 1.1.1823 in Brühl eröffnet. Die allgemeine Schulpflicht wurde durch eine Kabinettsorder am 14. Mai 1825 zwar offiziell eingeführt, es dauerte aber fast drei Jahrzehnte, ehe sie auch tatsächlich durchgeführt werden konnte. Lehrerinnen gab es vorerst nur in Städten und an Privatschulen, 1829 begann man schließlich in Aachen mit der Ausbildung und Fortbildung von Lehrerinnen. Etwa 40 Kandidatinnen bestanden die Abschlussprüfung. 1832 wurden in Münster und Paderborn staatliche Seminare für Lehrerinnen eingerichtet. Die fertigen Lehrerinnen erhielten zunächst fast ausschließlich nur Anstellung an Privatschulen. Für Handarbeiten wurden an den Schulen Hilfslehrerinnen eingestellt. Nach einem Bericht des Dürener Landrats vom 15. Mai 1838 gab es im Kreis Düren einschließlich der Stadt 71 Elementarschulen mit 68 Lehrern, 10 Hilfslehrern, 6 Lehrerinnen und 7238 Schülern. 8350 Kinder waren zum Schulbesuch verpflichtet, von denen 7181 die Schule regelmäßig, 930 unregelmäßig und 238 gar nicht besuchten. Ein

bezeichnendes Licht auf den Stand der Schulbildung wirft die Tatsache, dass in den Jahren 1840 / 1842 im Regierungsbezirk Aachen durchschnittlich 12,9% aller Rekruten nicht lesen und schreiben konnten. Im Juni 1842 wurde durch eine Kabinettsordre eine stärkere Berücksichtigung der Leibesübungen verfügt. Voller Turnunterricht konnte aber erst ab 1860 in allen Volksschulen gegeben werden. Das Volksschulwesen wurde schließlich durch die sog. Stiehl'sche Regulative im Oktober 1854 für Preußen neu geregelt. Die Schulaufsicht wurde weiter den Geistlichen beider Konfessionen übertragen. Bei mehr als 80 Schülern pro Schule bzw. Klasse musste ein weiterer Lehrer Im Folgenden ist nun die Entwicklung des Schulwesens in Stockheim bis etwa 1870 aufgezeichnet.

In **Stockheim** gab es während der preußischen Zeit keine großen Schwierigkeiten mit der Schule; die Gemeinde war verhältnismäßig vermögend. 1837 errichtete sie nach dem Verkauf des Küsterhauses, in dem der Unterricht bisher abgehalten worden war, ein neues Schulhaus. Mit dem Unterricht des Lehrerküsters war man sehr zufrieden. Im Jahre 1841 erhielt der Stockheimer Küster sogar ohne Studium nach einer Prüfung am Lehrerseminar Brühl seine endgültige Anstellung. Er war übrigens der einzige Küster in der näheren Umgebung, dem die endgültige Anstellung als Lehrer zuteil geworden ist. Nach dieser kurzen Skizzierung der schulischen Entwicklung müssen wir uns nun einigen politischen Ereignissen zuwenden. Nach der Reichsgründung 1871 war es zunächst der Kulturkampf, der die erhoffte Weiterentwicklung des Schulwesens im Rheinland verhinderte. Statt der geistlichen Ortsschulinspektoren wurden an vielen Schulen die Ortsbürgermeister mit dieser Aufgabe betraut. Die Tätigkeit der geistlichen Kreisschulinspektoren wurde ausdrücklich nur noch im Auftrage des Staates ausgeübt. Mit dem 15.10.1872 wurden andererseits aber auch die Hemmnisse der Stiehl' sehen Regulative beseitigt und das Volksschulwesen den gestiegenen Anforderungen des Handels, des Gewerbes und der Industrie angepasst. Mehr als zehn neue Lehrer- und Lehrerinnenseminare wurden zwischen 1871 und 1877 in Preußen eingerichtet, um den Lehrermangel zu beseitigen. Das Bemühen, auch in unserer fast ausschließlich katholischen Gegend Gemeinschaftsschulen ein- zurichten, scheiterte. Mit dem Gesetz Nr. 9301 vom 14. Juni 1888 für Preußen wurde die leidige Erhebung des Schulgeldes für Volksschulen aufgehoben. In den neunziger Jahren wurde der Schulhausneubau von staatlicher Seite gefördert und die Besoldung der Lehrer angehoben. Wie schlecht die Besoldung der Lehrer gegen Ende des vorigen Jahrhunderts noch war, zeigt die Tatsache, dass die Lehrer neben

ihrer eigentlichen Tätigkeit und dem Organisten-Dienst gegen ein geringes Aufgeld auch noch die Heizung und Reinigung der Schulsäle und Anlagen an allen Schulen der Bürgermeisterei Stockheim übernahmen. Die Lehrerbesoldung wurde im Jahre 1906 noch einmal angehoben. Dies und die neuen Bestimmungen über das Seminar- und Präparandiewesen im Jahre 1901, die erhöhte Anforderungen mit einer Fremdsprache stellten, ließen den Lehrermangel sehr bald spürbar zurückgehen, weil immer mehr qualifizierte junge Menschen den Lehrerberuf anstrebten. Von großer Bedeutung für die Lehrerbildung in unserer Region war die Eröffnung des 1. Präparandiekurses in Düren im früheren Gymnasium am Altenteich, dem am 18.5.1905 die Einrichtung eines Lehrerseminars an derselben Stelle folgte. Diese Verbesserungen der Lehrerausbildung brachten erhebliche positive Veränderungen für das gesamte Schulwesen, die im Folgenden für Stockheim bis zum 1. Weltkrieg aufgezeigt werden soll.

In Stockheim musste bereits seit 1876 wegen der starken Schülerzahl Wechselunterricht abgehalten werden. Es dauerte aber bis 1898/99, ehe hier eine neue Schule gebaut wurde, die am 15.10.1899 eingeweiht und in Betrieb genommen werden konnte. Dabei wurde auch eine zweite Klasse eingerichtet, die von einer Lehrerin betreut wurde. Der Erste Weltkrieg brachte einschneidende Veränderungen für das Schulwesen in unserem Raum, vor allem wurden viele Lehrer zum Kriegsdienst eingezogen. Dadurch musste der Unterricht entweder gekürzt werden oder teilweise ganz ausfallen. Nach dem Kriege bis ins Jahr 1920 hinein wurden im ganzen Gemeindegebiet zuerst von den englischen und ab Mitte 1919 von den französischen Besatzungstruppen häufig die Schulsäle beschlagnahmt, was natürlich den Unterricht auch stark behinderte. In der Weimarer Republik blieb im Rheinland das bestehende Schulwesen im Wesentlichen unverändert, jedoch wurden die Ortsschulinspektionen, die bisher fast durchweg von den Ortsgeistlichen wahrgenommen worden waren, aufgehoben; ihre Aufgaben wurden den Kreisschulräten übertragen, die von jetzt an Staatsbeamte waren. Neue Richtlinien vom März 1921 und Oktober 1922 ersetzten die alte Lernschule durch Arbeits- und Gesamtunterricht. Die alte Lehrerausbildung an Präparandien und Seminaren wurde im Jahre 1925 von neu gebildeten Pädagogischen Akademien übernommen, diese hoben erstmals die Ausbildung der Volksschullehrer auf das Niveau eines Hochschulstudiums. Dementsprechend wurde auch das Lehrerseminar in Düren am 10.3.1925 geschlossen. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 wurde das Schulwesen zentralisiert,

1934 der Kulturhoheit der Länder entzogen und dem Reich unterstellt. Ab 1935 wurden die bisher konfessionellen Schulen in Einheitsschulen mit nationalsozialistischen Wertvorstellungen umgeformt. Man versuchte immer stärker, die Schulen zu entchristlichen z.B. durch einen Erlass zur Entfernung der Kreuze aus Schulräumen. Die bisherigen Pädagogischen Akademien wurden in Hochschulen für Lehrerbildung mit dem Ziele umgewandelt, das gesamte Studium nach der nationalsozialistischen Ideologie auszurichten. Die Einrichtung neuer Schulklassen und die damit verbundene Erweiterung der Schulgebäude ging auch während der Zeit des Dritten Reiches weiter und so musste in Stockheim in der ganzen Zeit die zweiklassige Schule weitergeführt werden.

FORTBILDUNGSSCHULEN

Allgemeine Entwicklung des Schulwesens

Wie die Kirchen blieben auch die im Bereich der Gemeinde Kreuzau bestehenden Schulen von geringen bis schweren Schäden nicht verschont; zusätzlich wurden sie im Gegensatz zu den Kirchen von den frühen Heimkehrern noch ausgeschlachtet. Hier holten sie sich für die Reparaturen ihrer Häuser Dachziegel, Fenster, Türen und Fußbodenbretter. Möbel und Brennmaterial ließ man ebenfalls mitgehen, denn damals mochte keiner daran glauben, dass es in absehbarer Zeit wieder Schulunterricht geben würde. Anfang August 1945 kam aber dann schon von der britischen Militärregierung der Befehl, am 1. September die Schulen wieder zu öffnen. Der Termin 1. September war jedoch im Gemeindegebiet in keinem Ort einzuhalten. Nur wenige Schulräume konnten provisorisch in Ordnung gebracht werden. Gastwirtschaften, das Kloster in Niederau, Privaträume und sogar Garagen kamen als Behelfsräume in Betracht. Nicht nur die Bereitstellung von Unterrichtsräumen, sondern auch der Einsatz der Lehrer war ein großes Problem, da etliche von ihnen der "Partei" angehört hatten und erst entnazifiziert werden mussten. Deshalb setzte man anfangs sogenannte Schulhelfer ein, die in Sonderkursen ausgebildet wurden und sehr oft später nach einem Studium nicht nur als Lehrer, sondern auch als Schulleiter und sogar Schulrat erfolgreich tätig waren. In einer auf Drängen der katholischen Bischöfe zugelassenen Volksbefragung am 17.3.1946 entschied sich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung für die Wiedereinführung konfessioneller Schulen, so dass von nun an alle Schulen im Gemeindegebiet wieder katholische Volksschulen waren. Nach der

Währungsreform wurde in jedem Ort intensiv am Wiederaufbau und auch Neubau von Schulen gearbeitet, wie aus den Berichten über die einzelnen Orte zu ersehen ist. Auch in den 50er Jahren waren der Lehrermangel und die Schülerzahl je Klasse noch sehr groß. Infolge des Zuzugs aus städtischen Ballungsräumen und der relativ hohen Geburtenrate nahmen in den Gemeinden sowohl die Einwohnerzahlen als auch die Zahl der Schüler ständig zu. In den 60er Jahren steigerte sich das Bedürfnis nach verstärkter Bildung. Immer mehr Eltern wollten ihren Kindern auf Gymnasien oder wenigstens Real-schulen eine bessere Bildung ermöglichen.

Die große Änderung im Schulwesen setzte 1966 mit dem Beginn der großen Schulreform ein. Zunächst wurde über die beiden Kurzschuljahre vom 20.4.1966 bis 31.11.1966 und vom 1.12.1966 bis zum 1.8.1967 das Ende des Schuljahres und damit auch die Versetzung von Ostern auf den Herbst verlegt. Das am 1.12.1966 eingerichtete 9. Pflichtschuljahr für die Volksschulen wurde als geschlossene Jahrgangsklasse geführt und brachte in unserer Gemeinde die ersten Fahrschüler. Neue Schulgesetze vom 29.2.1968 wandelten die bisherigen Volksschulen in Grundschulen mit den Schülern des ersten bis vierten Jahrganges und in Hauptschulen mit den Schülern des fünften bis neunten Jahrganges um. Dabei war Voraussetzung, dass eine Grundschule mindestens einzügig und eine Hauptschule zweizügig gegliedert war. Wegen der stetig zunehmenden Schülerzahl und des gleichbleibenden Lehrermangels waren die Schulen nicht in der Lage, geregelten und richtlinien-gemäßen Unterricht zu erteilen. Erst gegen Ende der siebziger Jahre konnten genügend ausgebildete Lehrer eingesetzt werden. Bald aber brachte der "Pillenknicke" zu Beginn der 80er Jahre zuerst die Grundschulen wegen der immer weniger werdenden Schüler in Bedrängnis. Diese Entwicklungen führten in unserer Gemeinde zur Schließung der Schulen in Boich, Leversbach, Üdingen und Untermaubach, zur Bildung von Grundschulen in Drove, Kreuzau, Niederau, Obermaubach, Stockheim und Winden und zur Errichtung der Gemeinschaftshauptschule in Kreuzau. Durch Wahlen der Erziehungsberechtigten blieben die Grundschulen in Kreuzau, Niederau, Stockheim und Winden katholische Grundschulen, während die Grundschulen in Drove und Obermaubach Gemeinschaftsgrundschulen wurden. Auch die Sonderschule Boich und die Realschule Kreuzau, auf die unten noch näher eingegangen wird, werden als Gemeinschaftsschulen geführt.

Das Schulhaus in Stockheim war im Krieg ebenfalls beschädigt worden, das Dach war abgerissen, die Westseite wies mehrere Granateinschläge auf; Türen und Fenster waren herausgerissen. Der an der Ostseite liegende Raum wurde vorübergehend mit verbretterten Fenstern als Raum für Gottesdienste benutzt. Der erste Unterricht begann in Stockheim erst am 1.5.1946 in der Gastwirtschaft Weidenhaupt, konnte aber bereits am 1.8. desselben Jahres in die provisorisch zurechtgemachten beiden Schulsäle verlegt werden. Bis zum 4.9.1947 musste eine Lehrerin alle Kinder betreuen; dann wurde noch ein Lehrer eingesetzt, und der Unterricht fand nun in zwei Klassen statt. Am 1.3.1948 durfte der frühere Hauptlehrer wieder seinen Dienst aufnehmen, und die 3. Klasse konnte gebildet werden. Bei nur zwei Schulsälen war Schichtunterricht erforderlich. Erst nach der Währungsreform wurde am 1.11.1948 auch der bisher für den Gottesdienst genutzte Klassenraum frei.

Im Juni 1954 begann man mit dem dringend notwendigen Schulneubau, der am 4.12.1955 eingeweiht wurde. Die Schule hatte nun vier Klassenzimmer, einen Werkraum im Keller, ein Lehrmittel- und ein Lehrerzimmer sowie einen Raum, um eine Küche einzurichten. Im Mai 1959 konnten mit dem Bau eines neuen Lehrerwohnhauses die Wohnverhältnisse der Lehrer entscheidend verbessert werden. Zu Beginn des Schuljahres 1960/61 wurde bei 143 Schülern zwar die 4. Lehrerplanstelle genehmigt, sie konnte aber infolge Lehrermangels erst zum 01.09.1960 besetzt werden. Da bereits ein Jahr später 158 Schüler die Schule besuchten und bei steigender Geburtenrate mit zunehmender Schülerzahl gerechnet werden musste, beschloss die Gemeinde 1962 eine nochmalige Erweiterung der Schule um zwei Klassenräume und zusätzlich notwendige Nebenräume. Ostern 1963 wurde die Schule fünfklassig; der Werkraum musste nun als Klassenraum dienen. Anfang April 1963 begann der Erweiterungsbau, der mit zwei Klassenräumen, einer Lehrküche, einem Lehrer- und einem Konferenzzimmer am 9.9.1964 seiner Zweckbestimmung zugeführt wurde. Im Kurzschuljahr von Dezember 1966 bis Juli 1967 musste das 9. Schuljahr nach Niederau fahren. Mit dem 7.9.1967 wurde Stockheim mit einem eigenen 9. Schuljahr sechsklassig. Ab 2.9.1968 musste das 9. Schuljahr die Hauptschule Kreuzau besuchen und die Schule wurde dadurch fünfklassig. Am 1.8.1971 wurde die Katholische Volksschule zu einer katholischen Grundschule mit vier Klassen der 1. bis 4. Jahrgänge; die Schüler der 5. bis 9. Jahrgänge fuhren nun nach Kreuzau. Wenn auch die Schülerzahlen von 150 im Jahre 1975 allmählich auf 71 im Jahre 1985 zurückgingen, blieb die vierklassige Grundschule Stockheim vorläufig erhalten. Die Schülerzahl hat sich zu Beginn des Schuljahres 1987/88 auf 66

verringert, die weiter in vier Klassen unterrichtet werden

Quelle dieser Zusammenfassung ist das Buch von Herrn Nikolaus Nolden: Beiträge zur Geschichte von Kreuzau – 1794 – 1988.

Das Buch ist im Hahne Schloemer Verlag Düren unter der ISBN 3-927312-24-x zu kaufen



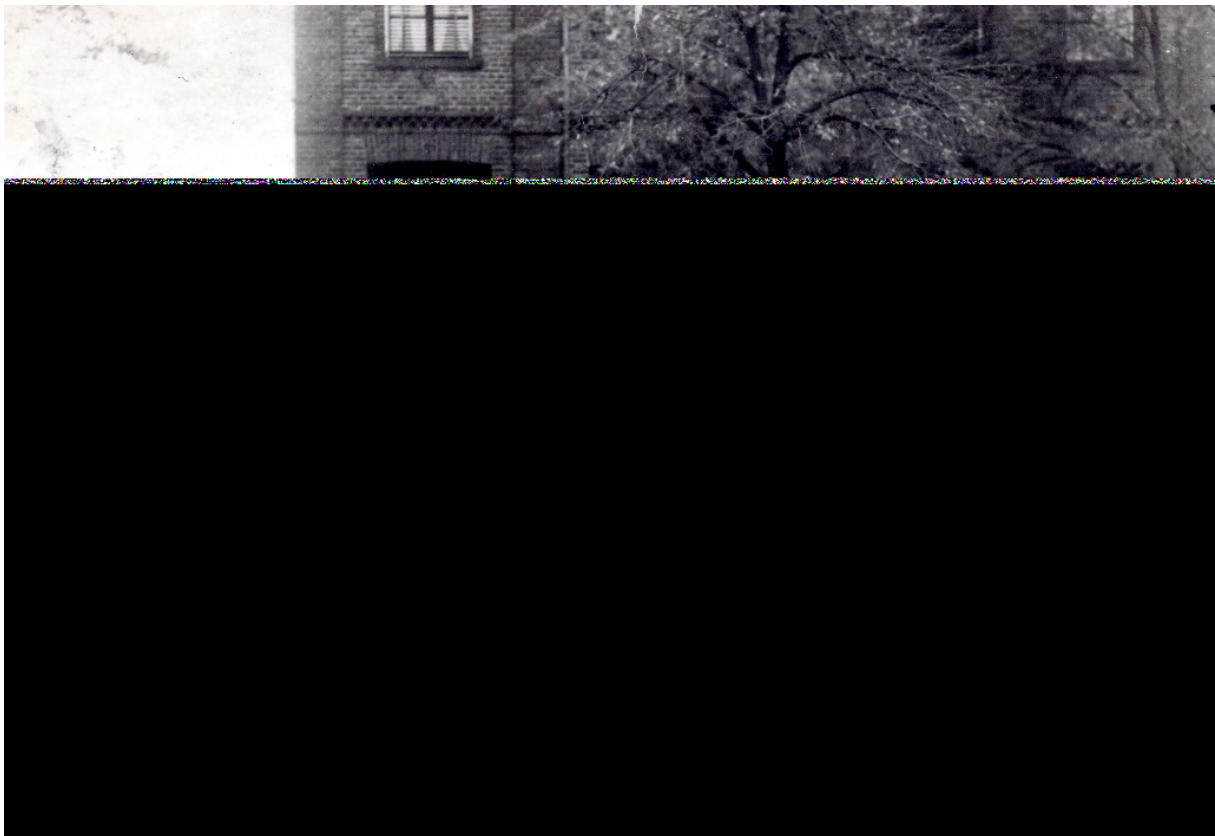
1844 erste Schule in Stockheim





Schule Stockheim, Andreasstraße

1902 erbaute zweite Schule in Stockheim



Alte Schule in Stockheim: Obere Reihe: 2te Alvine Laschert; 3ter Franz Busch. 2 Reihe von oben: 2ter Damian Franz; 5ter Rudi Salentin. 2Reihe von unten links: Arnold Ramacher. 2Reihe von unten rechts: 3ter Peter Wolf; 5te Elisabeth Veithen



Grundsteinlegung 1954 Grundschule alter Teil





1963 mit Lehrerin Fräulein Dohmes





1. und 2. Schuljahr 16.07.1934 Sofie Küpper; Christian Salentin, Damian Franz,
Peter Lüttgen, Edith Busch, Josef Pesch, Maria Harscheidt



Einschulung 1960



1966 in der Volksschule